

DR ELŻBIETA CHROMIEC

**(KULTUR) ORGANISATIONEN IM SPANNUNGSFELD
ZWISCHEN DEMOKRATISIERUNG
UND MULTIKULTURALITÄT**

1. Demokratie gewinnt an Bedeutung?

Bis zum Anfang des XIX Jahrhunderts war die Problematik der kultureller und sozialer Vielfalt oder Differenzierung gar ausser den Interessen der politischen Philosophie. Die französische Revolution brachte viele neue Denkrichtungen in Bezug auf menschliche und politische Freiheit, aber einer von ihrer Ideologen Jean-Jacques Rousseau schrieb damals, dass die Fortschritte der Demokratisierung nur im Fall einer nationalhomogänen Gesellschaft möglich sind (op.cit. Huntington 1995). Seit zwanziger Jahren des XIX Jahrhunderts entwickelt sich in den USA und in Frankreich sehr interessante Demokratireflexion (u.a., „Über Demokratie in Amerika“ A. von Tocqueville). Unabhängig davon wird kulturelle Andersartigkeit oder Fremdheit eine Domäne der neuen Sozialwissenschaften - Ethnologie usw. Heutzutage gewinnt an Bedeutung neue Tendenz zur gemeinsamen Betrachtung von Problemen der

gesellschaftlichen Organisation und ihrer kulturellen Dimensionen. Und die ständig wachsende kulturelle Pluralisierung macht Demokratisierungsprozesse immer komplizierter. Multikulturalität, wie Huntington (1997) schrieb, kann dem Liberalismus in der Politik bedrohen und von Demokratien neue Aufgaben und neue Herausforderungen verlangt. Die Entwicklung der Demokratie steht auch in enger Verbindung mit ökonomischer Situation von einzelnen Staaten und Gesellschaften; die heutigen Globalisierungsprozesse tragen da auch viel bei.

Die oben signalisierte Phänomene trugen viel zu dem heutigen Verstehen-! des Demokratiebegriffes. Es bleibt nichts mehr von der ursprünglichen griechischen Begrifflichkeit, die sich an die Quelle (*vox populi*) oder an den Ziel (*das Gute des Volkes*) des Regierens richtete. Seit ungefähr zwei hundert Jahre ist das Kriterium der Prozedurenbildung bei der Regierungsbestimmung entscheidend. In der Definition von Joseph Schumpeter (1942) klingt es folgend: *Demokratiemethode ist die institutionelle Lösung an die politische Entscheidungsprozesse zu gehen, in der manche Individuen in eine Entscheidungskraft verfügen als Resultat einer Konkurrenzkampf um die Wahlstimmen*. Solches Verstehen der Demokratie impliziert auch das Bestehen der gesellschaftlichen und politischen Rechte: der Freiheit des Wortes, des Druckens, sich Sammeln und sich Organisieren. Als Gegenteil dazu erwähnt man die typische Merkmale eines autoritären Systems: ein Führer/Diktator, eine oder keine Partei, schwache Regierung aber starke Armee, keine Mobilisierung der Gesellschaft und kein Veränderungsklima. Über politische Position entscheidet hier Geburtsstatus, Schicksal, Gewalt, Wissen, Nominalisierung oder Reichtum. In demokratischen Verhältnissen wird die Wahl der Anderen (aber keine *Tyrannie der Mehrheit*) entscheidend.

Als wichtige Steine auf dem langen Weg zu dem heutigen Demokratiezustand sind die Ereignisse des 1848, 1968 und 2001 zu erinnern. Man versteht die als sich nacheinander ändernde Überzeugungen zu den Prinzipien der Demokratisierung: von der ursprünglichen Gleichheit der Möglichkeiten, durch erfahrene Ungleichheit der Möglichkeiten, dann Empfindung der Ähnlichkeit, bis zur Selbstkritik der Demokratie (nach Manent 2003: 103). Gleichzeitig kann man die s.g. „Demokratisierungswellen“ (Huntington 1995) in der letzten 200 Jahren beobachten. Nach der ersten Demokratisierungswelle (1828-1926), die mit der französischen und amerikanischen Revolution in Verbindung stand, kam die zweite (1943-1962), die als Ergebnis der Dekolonialisierung und der Kriegsbesatzung zu verstehen ist. Die dritte Welle fang 1974 und dauert bis heute immer noch. Anfang der neunzig Jahren waren 55 Prozent von allen unabhängigen Staaten nicht demokratisch. Der gleiche Prozent weist man auch 1922 auf. In vielen Fällen merkt man auch Tendenzen nach Zurücktreten in der Demokratisierungsprozessen, was mit verschiedenen Phänomenen in Zusammenhang steht. Manchmal war die Korruption, Unordnung und Radikalisierung extrem massiv geworden, andersmal - soziale Stabilität verloren oder gesellschaftliche Basis nicht mehr stark erschienen wurde.

Die Entwicklung der Demokratiedanken und -prozessen steht - so die wissenschaftlichen Analysen (Giddens 1999) - mit anderen ausgebreiteten Phänomenen der heutigen Zeiten: Globalisierung, Individualisierung und Ökologisierung. **Globalisierung** versteht man oft als wirtschaftliche, politische und kulturelle Abhängigkeit oder Zusammenspiel; es bedeutet aber auch eine Revolution in der zwischenmenschlichen Kommunikation, die mit Informatiktechnologien, mit anderen

Zeit- und Raumverständnis verbunden ist. Unsere Welt verliert Grenzen; Nationalstaat kann zwar seine Regierungskraft behalten, er muss sich aber immer öfter mit Nicht-Regierungs-Organisationen und transnationalen Institutionen verständigen. Dem Verlust an Vertrauen zu Politikern begleitet absteigender Einfluss der Tradition und des Brauchtums in sozialen Prozessen der Autoritätsbildung. Die wachsende **Individualisierung** bedeutet einen Drang an Selbstgestaltung eigenes Lebens, was sich in gesellschaftlichen Skala als Bedürfnis auf Autonomie des Einzelnen äußert. Das dritte Phänomen - **Ökologisierung** weist auf ständigen Zuwachs der Reflexion in Bezug auf unsere naturelle und soziale Umwelt. Ohne tiefer Demokratisierung sind alle drei oben erwähnte Revolutionen von den Menschen nicht zu verinnerlichen.

Ist Demokratie nur ein typisch westeuropäischer Konzept oder sie betrifft jede einzelne Gesellschaft auf einem progressiven Niveau? Ist ständig verteidigende Gleichgewicht eines demokratischen Systems wirklich die beste Lösung für Realisation der Freiheit, Gerechtigkeit, Selbständigkeit und anderen sozialen Werte? Obwohl zwischen demokratischen Völkern nie zu einem Krieg gekommen ist, heutzutage merkt man Spannungen zwischen depolitisierter Europäischer Union und dem amerikanischen Weg in der Weltpolitik. Die Multikulturalität und immer wachsende Differenzierungen von heutigen Gesellschaften bewirken auch neue Konfliktfelder, brauchen neue Strategien und Rechtslösungen, wie auch vermögen neue Reflexion über gegenseitigen Einflüsse zwischen Demokratisierungs- und Interkulturalitätsprozessen. Wie weit kann man schon heute von Verwirklichung der Idee von I.Kant („Zum ewigen Frieden“) sprechen, dass *Demokratien letztlich nie isoliert in einzelngesellschaftlicher, nationalstaatlicher Form, sondern erst in der Weltbürgerschaft möglich werden* (op.cit.Beck 1998: 152)

2. Ökonomische, politische und kulturelle Bedingungen von Demokratie

Sehr grosser Einfluss auf die Stabilität und Entwicklung der Demokratie haben ökonomische und politische Verhältnisse in einzelnen Ländern. Die Zukunft der Demokratie ist mit wirtschaftlicher Freiheit und Unternehmungslust, wie auch - in allgemeinem - mit einem gewissen Wohlstand und Klarheit verbunden. Die Verselbständigung der Voraussetzung kann natürlich zu extremen liberalen oder neoliberalen Ideologien führen, davon befürchten heutzutage viele Wissenschaftler (Chomsky 2000). Das Prinzip „Wirtschaft über alles“ macht ja sofort viel Platz für offizielle und unoffizielle Initiative von grossen Unternehmern und Konzerne, die an eigenem, schnellem und grossem Gewinn am meisten interessiert sind, nicht an Mitfinanzierung der Bildung, Gesundheitswesen, Sozialhilfe oder Kulturmanagement. Wo Gewinn als Essenz der Demokratie verstanden ist, die zivilgesellschaftlichen Freiheiten werden immer bedroht. Nach N. Chomsky (2000: 8) wird jede neoliberalische Ideologie nur Konsumente nicht Bürger erzeugen. Für normale Entwicklung eines demokratischen Systems braucht man ein Gemeinschaftserlebnis, was sich in der Aktivität von verschiedenen Organisationen und Institutionen ausdrückt. Dieses „nichtrentables“ Sektor wird von Neoliberalismus auch zu tode gebracht.

Zu den politischen Voraussetzungen der Demokratie zählt man die frühere demokratische Erfahrungen bei den Völkern, Gruppen und Menschen, auch wenn sie mißgeglückt geworden sind. Deswegen ist der Verlauf der Demokratisierung schon anders in Russland und in den balkanischen Republikern, wo man früher keine solche Erfahrungen aufweisen kann, in Vergleich zu Polen, Ungarn oder Litauen, wo man in ihrer Geschichte bestimmte demokratische Lösungen versucht hatte. Von der größten Bedeutung sind auch die innerliche Werte von politischen Eliten. Wenn die Politiker tatsächlich den demokratischen Prinzipien nicht neigen, ist die Zukunft der Demokratie fraglich. Als unentbehrlich findet S.P. Huntington (1995: 313), dass *zukünftige politische Eliten werden mindestens glauben müssen, dass Demokratie für ihre Gesellschaften und für sie selbst am wenigsten schädlichste Regierungsform ist*. Der heutige Zustand der Demokratisierung in Mitteleuropa weist auf längere Prozesse der Enttotalitärisierung, wo man noch lange her nicht von Representation sprechen darf, wo eine Anomie herrscht, wo *immer mehr Demokratie, aber immer weniger Freiheit* erleben wird. Also über Chancen des demokratischen Systems entscheiden auch frühere und aktuelle politische Erfahrungen, Gewohnheiten und Möglichkeiten genauso bei Eliten, wie auch bei jedem Bürger.

Das wichtige Buch „The clash of civilisations“ (1996) von S.P. Huntington bringt viele neue Standpunkte zu den kulturellen Dimensionen von Demokratie mit. In den asiatischen Ländern, wo Mehrheit konfuzianistisch ist, herrschen bestimmte Prinzipien, die einer Demokratie widersprechen z.B. Beachtung für Hierarchie, höhere Position von Pflichten in Vergleich zu Rechten, Regierung über Freiheit, und Gruppe über Einzelnen. Das Kompromisse schließen und Negotiationen führen bedeuten in Asien keine Normalität. In islamischen Kulturen bleiben Frauen auf niedriger Position im offiziellen Leben, und soziale und religiöse Gemeinschaft decken sich immer. Vor vielen Jahren haben zwar Weber und andere Sozialwissenschaftler geschrieben, dass katholische Länder keine demokratische Verhältnisse entwickeln können, nur die protestantische, was nicht in der Geschichte der Demokratisierung (Beispiel: Spanien, Irland usw.) bewiesen wurde. Die rasche ökonomische Erfolge in Japan, Korea, Indonesien sind auch gute Beispiele, dass kulturelle „ungünstige“ Unterschiede nicht für immer entscheidend sind. Mit kapitalistischer Wirtschaft kommen nämlich auch demokratische Forme des Lebens, die der Ökonomie gut dienen können.

Steigende kulturelle Differenzierung, ein Zeichen der heutigen Gesellschaften, versteht man als Ergebnis von ökonomischen Veränderungen, politischer Freiheit, Möglichkeiten der Kommunikation, aber auch von Krisen und Kriege. Es ist nur etwas Neues in der jetzigen Situation: *Multikulturalität ist aktuell ein Problem der Unterschiede im Bereich bestimmten - besonders multiethnischen - Staaten, die ihre eigene ethnische, religiöse, sexuelle Minderheiten beinhalten, die eigenen Platz in der nationalen Kultur verlangen* (Burszta 1998: 150). Immer öfter braucht das Problem der Multikulturalität, d.h. des Mitlebens von verschiedenen Gruppen, die sich an andere Werte richten, sehr dringend entsprechenden rechtlichen, politischen und bildenden Lösungen. Weil Multikulturalität eine diskursive Angelegenheit aufzeigt, und sie von geographischen, politischen und sogar philosophischen Kontexten abhängig ist (Kempny, Kapciak, Łodziński 1997: 8), findet man sehr unterschiedliche Verfahren in den traditionellen Migration-Ländern (USA, Kanada, Neuseeland, Australien), in westeuropäischen Staaten und in den Entwicklungsländern. In den USA verwirklichen

sich verschiedene Ideologien: konservative (Multikulturalität unter Kontrolle), liberale (deklarative Gleichheit), link-liberale (soziale Dimension für Artikulation von Differenzen) und radikal-kritische (Politik des Polizentrismus). In Australien versucht man die Idee einer „radikal pluralistischen Gesellschaft“ aufzubauen, wo jeder Bürger den gewissen Kanon von demokratischen Werten beachtet.

3. Neue Ideen und Fragen in der Zeit des Pluralismus und Multikulturalität

In den heutigen empirischen und deliberativen Demokratietheorien diskutiert man über viele neue Probleme, die sich in den demokratischen Verhältnissen inzwischen entwickelt haben, die auch auf bestimmte seit immer existierende Schwierigkeiten in der Entwicklung der Form weisen. Unter den wichtigsten sind die nach dem Zweck der Demokratie, nach ihrer Demos (wirtschaftlich und organisatorisch vergesellschaftete Nation oder kommunikativ geeinte Gesellschaft), nach dem Individuum und seiner Autonomie, nach der Repräsentation, Mehrheitsregel und Minderheitenrechte. Wann sind politische Entscheidungen legitim? (Abromeit 2002: 112-154). Demokratie ist schliesslich sehr viel mehr als eine Abstimmungsmaschine mit Mehrheitsprinzip. Ob direkt oder in einem Parlament ist Demokratie eine Kultur des begrenzten Konflikts auf Basis geteilter Identität, die auch ein Verfahren für politische Elitenrekrutierung möglich macht. Und dabei ist sie nicht nur ein Selbstzweck im Sinne der Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit, sie legitimisiert sich auch über die Ergebnisse des politischen Prozesses.

Im nationalstaatlichen Rahmen ist Demokratie oft eine mit zahlreichen Schwierigkeiten verbundene Form der Herrschaftsausübung. Beklagt wird unter anderen: die abnehmende Partizipation und eine Zunahme der Zahl der politisch informierten Nichtwähler, Frustration der Bürger über die indirekten Formen der Demokratie, die Okkupation des Staates durch Parteien, individuelles, sich in "Skandalen" äusserndes Fehlverhalten von Politikern und Parteien, die Dominanz ökonomischer Interessen in den liberalen nationalstaatlichen Demokratien, sowie die enge Verflechtung von Staat und Wirtschaft (Kleger, Karolewski, Munke 2002: 182). Dazu kommt das Problem der Beschützung von Bürgern einzelner Nationalstaaten gegen den immer weiter fortschreitenden Prozess der wirtschaftlichen Internationalisierung. Entstehung neuer institutioneller Strukturen von Produktion und Verteilung auf transnationaler Ebene stellt die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und ihre überkommenen Methoden von Politikformulierung und Marktregulierung in Frage.

Die zunehmende Einbindung der Nationalstaaten in internationale Organisationen und Mehrebenensysteme der Politikformulierung (z.B. Europäische Union) kann (faktisch oder rechtlich) die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen gegenüber ihren Gesellschaften und heimischen Interessenverbänden deutlich reduzieren. Es muss aber nicht sofort zugleich als Reduzierung der Demokratie erscheinen - wie das Streeck (1999: 13) beweist. Die Internationalisierung der Wirtschaft schwächt die Demokratie, indem sie den Nationalstaat stärkt, und - umgekehrt - sie stärkt die Demokratie, wenn sie den Nationalstaat schwächt. *Wenn wirtschaftliche Internationalisierung die*

Nationalstaaten zur Respektierung der Eigengesetzlichkeit und Unabhängigkeit einer privatrechtlich oder kulturell konstituierten internationalen Zivilgesellschaft zwingt, begrenzt sie den Spielraum für Eingriffe der staatlichen Zwangsgewalt, auch mehrheitlich legitimierte Eingriffe, in individuelle Freiheit (wie oben: 13). Manche europäische Politikwissenschaftler (P. Manent, A. Finkelkraut) weisen auf eine Dämmerung des Nationalstaates in aktueller Demokratisierungsetappe. Er hat nämlich seine Aufgabe erfüllt: eine demokratische Gesellschaft (demokratisches Brauchtum) ist schon entstanden und wächst hinter den alltäglichen Streiten.

Nationen und Nationalstaaten verschwinden nicht, aber ihr Sonderstatus als privilegierte Einheiten kollektiven Handelns und wichtigste Träger organisierter Solidarität ist dabei, sich zu verlieren. Ähnliches gilt für kulturelle Werte und Identitäten: sie sind tendenziell grenzenlos geworden. Zugleich aber entstehen neue Bedürfnisse nach emotionaler Beheimatung. Kollektive Identitäten sind Basis für demokratische Prozesse und die Welt ist gerade an der Zeit wieder neu sie zu konzipieren und auszubilden. Nach manchen Autoren, wenig erfolgversprechend erscheinen freilich Versuche, eine europäische Demokratie als Legitimationsprinzip für einen europäischen Staat und als Gegenentwurf zur nationalstaatlichen Demokratie zu konzipieren. Eine kollektive Identität der Europäer besteht nicht bereits, sie muss erst geschaffen werden. Kollektive Identitäten entstehen in langfristigen Prozessen unter Mitwirkung des Menschen. Für einige Wissenschaftler sind Strukturen wie EU vielmehr ein Problem als eine Lösung, eine Variante institutioneller. Heutzutage entwickelt man gleichzeitig viele Visionen und Parameter einer **Zivilgesellschaft**.

Neuere Demokratietheorien setzen nicht einseitig auf repräsentative, den Bürger von eigenem Engagement weitgehend entlastende Institutionen oder eine vorwiegend diskursive, deliberative Sphäre politischer Öffentlichkeit, sondern orientieren sich zunehmend auf den aktiven, handelnden Bürger und seine soziale Netzwerke. In heutigen Diskussionen findet eine gesteigerte Aufmerksamkeit für aktive Bürger und deren soziale und politische Eigenleistung statt, deren Gestaltungskraft, zumindest aber Kooproduktion. Viele Autoren weisen auf zahlreiche Formen des bürgerschaftlichen Engagements: als politische Beteiligung, ehrenamtliche Funktionen, soziales Engagement, von Solidarvorstellungen geprägte Eigenarbeit, gemeinschaftliche Selbsthilfe und andere Aktivitäten. Das verstärkte bürgerschaftliche Engagement ist Ergebnis verbesserter Ressourcenausstattung (viel Zeit, Wissen, Bildung, soziale Kontakte). Man sieht die politische Wiederentdeckung der aktiven Bürgerschaft auch als Versuch, eine "veränderte Staatlichkeit" zu entwickeln, die den Übergang von *government* zu *governance* anstrebt. In dieser Perspektive sind staatliche Instanzen und öffentlicher Dienst nicht mehr hierarchisch, entstandene Probleme eigene Lösungskapazitäten und Vorstellungen einbringt (wie oben: 32).

In der Zeit des Pluralismus entstehen neue Ideen, in denen man z.B. Konzepte des kosmopolitischen Volkes (U. Beck) oder transnationaler Zivilgesellschaft (D. Held) zu entwickeln versucht, mit Akzeptanz von kultureller Differenzierung und Unbestimmtheit, mit Interkulturalität als Herausforderung. Die Ambivalenzen der Weltgesellschaft brechen oft am Ort konfliktvoll auf und - nach Beck - es ist ein Zeichen einer neuen Gesellschaftsepoche, in der transnationale, transkulturelle Lebensformen Normalität werden. Eine grosse Rolle in den Prozessen spielen die heutigen Massenmedien. Sie konstruieren globale Bedeutungen von lokalen Ereignissen. Das

kosmopolitische Modell der Demokratie von U. Beck ist eins der drei Modellen (unter dem *realpolitischen* und *internationalistischen* Modell), das auf eine spezielle transnationale Weise eine Garantie von Grundrechten umfasst. Hier stellt man den Vorrang eines Staates in Frage. Anhänger des *kosmopolitischen* Modells weisen auf die Entwicklung der UN-Institutionen für Menschenrechte sowie den rasanten Zuwachs der Anzahl und der Mitglieder von NGOs, die sich auf Menschenrechte und andere (z.B. kulturelle) Anliegen konzentrieren.

4. Demokratisierung in Mitteleuropa - Besonderheiten und Schwierigkeiten

Bei der Betrachtung von Transformations- und Demokratisierungsprozessen in Mitteleuropa in den letzten 15 Jahren beschreibt man überwiegend drei Dimensionen: die wirtschaftliche Umgestaltung und Entwicklung, Strukturen d.h. institutionelle Komponente der Entwicklung und Aspekte der politischen Kultur - Bevölkerungseinstellungen. In Russland, Weissrussland und in der Ukraine - im Gegenteil zu anderen Ländern - ist Transformation als "Revolution von oben" eingeleitet. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft wird auf kleine und grosse Privatisierung, Restrukturierung der Unternehmen, Liberalisierung des Handelssystems und der Preise, Wettbewerbspolitik, Bank- und Steuerreform, Reform des Versicherungssystems, wie auch Effektivität der Investitionsgesetzgebung bezogen. Die EU-Kandidaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Litauen, Estland, Lettland) haben den Schritt zu neuer Wirtschaft im wesentlichen vollzogen. Im Bereich der formellen politisch-institutionellen Arrangements gibt es in Mittel-Ost-Europa verschiedene Verfassungstypen (rein parlamentarisch, premier-präsidential, präsidential parlamentarisch, präsidential), und verschiedene Formen der Demokratie (Konkordanz-Demokratie, ethnische Demokratie, wie auch Mehrheitsdemokratie), was auch mit der Heterogenität der Gesellschaften, mit der Multikulturalität von einzelnen Ländern in Verbindung steht.

Eine zentrale Bedingung für die Konsolidierung der neuen Systeme in Osteuropa ist die Konsolidierung der Interessenvertretung, die über eine Vielzahl vom Staat unabhängiger, formal oder informell organisierter kollektiver Akteure und Aktivitäten erfolgt. Die demokratische Hauptfunktion der Zivilgesellschaft besteht also in der Begrenzung staatlicher Macht. Im Mittelpunkt der Definition von Zivilgesellschaft steht dabei ihre Institutionalisierung in Organisationen, zu denen neben den politischen Parteien das Verbands- und Vereinswesen zählt. Die Funktion solcher Organisationen besteht einerseits in der Konfliktvermittlung, aber diese Rolle ist bisher in Ost- und Mitteleuropa nicht deutlich ausgeprägt. Viel mehr ausgeprägt ist dort eine andere Funktion: sie statten ihre Mitglieder mit sozialem Kapital aus. Sie bieten ihnen eine Gelegenheitsstruktur zur Diskussion grundlegender Werte, zur Identifikation politischer Bedürfnisse und zum Erwerb bürgerlicher Fähigkeiten, die Voraussetzungen für eigenes politisches Handeln sind.

Die Organisationsmitglieder bilden den sozial und politisch aktiveren Teil der Bevölkerung und artikulieren zum einen stellvertretend ihre Interessen. Zum anderen

nehmen sie die Rolle von Meinungsführern wahr, die die Legitimität des neuen Systems und seiner Institutionen vermitteln können. Zwar gewinnen die Organisationen in allen Ländern allmählich Mitglieder. Dennoch ist der Anteil der Bindungslosen im Vergleich zu etablierten westlichen Demokratien (z.B. Westdeutschland 1997: 13,8%) sehr hoch. Den höchsten Grad der Konsolidierung hat das Verbands- und Vereinswesen in Slowenien erreicht, wo zwei Drittel der Bevölkerung Mitglied zivilgesellschaftlicher Organisationen ist. Eine gewisse Konsolidierung ist auch in Weissrussland und Russland zu beobachten, wo etwa die Hälfte der Bevölkerung in Vereinen und Verbänden organisiert ist. Am schwächsten ausgeprägt sind Organisationsbindungen in Litauen und Estland, wo der Anteil der Organisationsmitglieder ein Drittel, bzw. 40% ausmacht (Mattusch 1997 :95). Die Zahl von Nicht-Regierungs-Organisationen in Ungarn zählt 40 Tausend, in Polen – ungefähr 20 Tausend (Ilczuk 2002: 68-69).

Obwohl es in diesen Ländern freie Wahl, politische Parteien, Wechsel der Regierungskreisen, Privatunternehmen und Privatisierung im Wirtschaftsleben, freier Markt und Konkurrenz gibt, bedeutet das nicht automatisch, dass mitteleuropäische Gesellschaften mehr demokratisch und marktorientiert sind. Immer noch spielt der Mythos von Realsozialismus eine grosse Rolle: in den sozialen Erwartungen und Gewohnheiten, im Modell der „negotiativen Demokratie“, in der etatischen Mentalität, in pathologieverursachenden „Gruppierungen“ (Miszańska 2002: 155). Leider gibt es immer noch zu wenig Analysen der Deformationen und Pathologien, wie auch Diagnosen von solchen Phänomenen wie Korruption, politischer Kapitalismus, Kommerzialisierung des Staates, und das obwohl die Presse und Publizistik ziemlich oft darüber berichtet. Ungeklärt bleibt noch, ob diese Deformationen mit zu schneller Konsolidierung des neuen demokratischen Systems zusammenhängen, was zur Petrifikation von Interessen und Einflussverpflichtungen führen könnte.

Die wichtigsten Veränderungen in transformierenden Ländern sind im Sozial- und Kulturleben zu bemerken. Sehr schnell wurde ein grosser Konsum im Kulturleben entwickelt, neue Gewohnheiten im bürgerlichen Leben, in der Familie oder im religiösen Gemeinschaft – entstehen dagegen sehr langsam. Ein sehr wichtiger Faktor der sozialen Veränderungen ist die Popkultur, die einen grossen Einfluss (via Medien) auf heutiges Denken, Lebensstil und Werte in postsocialistischen Ländern ausübt. Sie ist auch ein Mittel der interkulturellen Prozessen der Homogenität geworden. Ein bedeutendes Phänomen der „transformierenden“ Völker ist ihre vielfältige Differenzierung (ökonomisch, politisch, mental, im Bereich von Sitten und Bräuchen). Obwohl manche Differenzen (kulturelle, weltanschauliche etc.) ziemlich günstig und normal für das soziale Leben sind, kann man hier leider auch von einer ökonomischer Exklusion sprechen (Wnuk-Lipiński, Ziółkowski, 2001: 20).

Bei totalitären Umständen sprach man über Differenzierung auf verschiedenen Skalas überhaupt nicht, gepflegt wurde nur das ideologische Staats- und Kulturmodell. Für viele Völker, wie z.B. für Polen oder Litauen, bedeutet die Wiedererwerb des eigenen Nationalstaates nach jahrelangen Tyrranei, viel mehr als die Idee des kosmopolitischen Volkes oder transnationaler Zivilgesellschaft (Kofakowski 2000). Gleichzeitig sind die neuen und alten kulturellen Andersartigkeiten (nach Ethnizität, Religion, Rasse, Geschlecht, Profession, Lebensstil usw.) immer deutlicher geworden. Immer mehr Interesse gewinnen hier solche Konzepte wie z.B. die *Theorie des Nationsbauens* von Will Kymlicka (Kempny 2003).

5. Organisationen im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Multikulturalität

Das oben kurz besprochene Phänomen Multikulturalität bringt mit sich viele neue Probleme, die auch eine neue Institutionalisierung verlangen. *Multikulturalität ist ein offener und permanenter Prozess der Aushandlung und des Kompromisses differenter Lebensstile, politischer Ordnungsvorstellungen und Symbolwelten* (Behr, Schmidt 2001: 10). Sie kann von Institutionen reguliert werden, aber nicht aufgehoben. Diese Institutionen neuer Art können auf dem Differenzfeld einen *modus vivendi* zwischen den beteiligten Gruppen suchen. Das führt zur Infragestellung des traditionellen **Institutionsverständnisses**. Allen „alten“ Bestimmungsmerkmalen des Institutionsbegriffs liegt eine gemeinsame Annahme zugrunde: Institutionen gelten als ein unverzichtbarer Bestandteil der Ordnung, Strukturierung und vor allem als Garant von Dauerhaftigkeit und Funktionsfähigkeit politischer Gemeinwesen. Das neue, zentrale Kennzeichen von Institutionen im Kontext multikultureller Gesellschaften und der politischen Problemlage von Multikulturalität ist der Begriff des **Regulativs**.

Nicht nur der Begriff Institution verändert sich. Ausgeweitet und differenziert wird auch der **Kulturbegriff** (Hildebrandt 2001: 32). Die nationalen Gemeinschaften werden als kulturelle Kollektive begriffen. Immer mehr Gruppen innerhalb der Gesellschaft, sowie individuelle Lebensstile werden als „Kultur“, „kulturelle Einheiten“ und „kulturell geprägt“ bezeichnet. Das traditionelle Verständnis von „Kultur“ wird überwiegend mit „Ethnizität“ gleichgesetzt; heutzutage wird „Ethnizität“ nun zu einem Teilbereich von Kultur. *Im Kontext der Multikulturalismuskurse wurden die Kategorien und Differenzkriterien der „Geschlechtlichkeit“, der „Religion“, der „Rasse“ (race) und sozialer Gruppenehörigkeiten gesellt* (Behr, Schmidt: 17). Diese Differenzierungen können als zunehmende Individualisierung des Kulturbegriffes angesehen werden. Damit stehen in Verbindung viele neue Kultur- und Multikulturkonzepte z.B. von C. Geertz, deren Grundlage Überzeugung von *einer permanenten Reproduktion und Neuschaffung von Differenzen, von einer prinzipiellen und dauerhaften „Offenheit des Daseins zu Neuem“* ist.

Demokratien beruhen allerdings auf einer Reihe von Voraussetzungen, vor allem auf dem Gleichheitsgrundsatz und dem Freiheitspostulat, d.h. dem Postulat, dass Menschen grundsätzlich nicht der Herrschaft anderer Menschen unterworfen sein sollten, ohne Kontrolle über die Machthaber erringen zu können. Gleichheit und Freiheit sind gleichzeitig das immanente Ziel des demokratischen Handelns. Dazu braucht jede Demokratie ein Institutionsgefüge, um die Prinzipien politisch zu realisieren. Um Machtmissbrauch zu verhindern, wurden entsprechende demokratische Verfahren, Instrumentarien und Rechte eingesetzt. Seit dem Beginn der 70er Jahren gelten die postmodernen Differenztheoremen und ihre Kritik westlicher Identitätslehren, Liberalismus- und Kommunitarismuskritik, sowie sg. Globalisierungstheorien mit ihren Versuchen der Überwindung nationalstaatlich verfasster Demokratien und kulturell homogänen imaginierten „civil societies“. Das Programm der Multikulturalität als eigenständiges Ordnungskonzept wurde seit dieser Zeit intensiv diskutiert.

Weil die Vertiefung der Demokratisierung nur auf dem Weg der Aktivität der Bürger und deren reflexiven Einstellungen möglich ist, kommen sofort viele Gedanken zum

Thema Zivilgesellschaft und seinem Teil – der **Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO)**. Vielmehr bekannt sind natürlich internationale NRO`s. Sie wurden schon bereits Anfang der fünfziger Jahren im UN-System institutionalisiert, indem der Wirtschaft und Sozialrat NRO`s einen offiziellen Status im Council of Non-Governmental Organisations (CONGO) gewährte. Aber erst in den 80er Jahren führten die Impulse, die von neuen sozialen Bewegung wie der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung ausgingen dazu, dass vor allem neugegründete NRO`s begannen sich im internationalen System zu engagieren. Die Einbeziehung von NRO`s war ein neues Element in der Konzeption einer ganzen Serie von Konferenzen, die von der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, über die Menschenrechtskonferenz in Wien, den Weltsozialgipfel in Kopenhagen, die Weltbevölkerungskonferenz von Kairo, die Weltfrauenkonferenz in Peking bis zur Habitat II in Istanbul führte. Der internationale Aufstieg der NRO`s ist ein Resultat des allgemeinen Globalisierungsprozesses. Denn Globalisierung trägt assymetrischen und hegemonialen Charakter. Sie verfestigt und vertieft bestehende Dominanzstrukturen und soziale Ungleichheit international und – vermittelt über die Standortlogik – auch innerhalb der nationalen Gesellschaften in Nord und Süd (Wahl 1997: 295).

In den heutigen Gesellschaften (auch in Mitteleuropa) funktionieren immer mehr NRO, die einen kulturellen Charakter haben. Für eine multikulturelle Gesellschaft sind sie ein richtiger Regulativ der demokratischen Partizipation. Man denkt hier u.a. über Organisationen der Minderheitsgruppen. Durch die institutionelle Selbstorganisation kultureller Minderheiten entwickeln sich politische Eigendynamiken und verselbstständigte Funktionsweisen formal-demokratischer politischer Prozesse. Die Bedeutung von **Kultur-NRO`s**, die natürlich nicht nur an des Realität der Minderheiten arbeiten, besteht in solchen Erfahrungen wie z.B. Bildung der Aufmerksamkeit in sozialer Skala, Arbeit an neuen Strategien der Lösung von eigenen und fremden Problemem wie auch organisatorische Erfahrungen und persönlich-kollektive Erfolge der Mitglieder. Für den Bereich Kultur ist eine Verstärkung der Regionalität und lokalen Kulturen (offener Regionalismus) auf dem Weg zur Globalisierung von grosser Bedeutung. Multikulturalität ist eigentlich eine Tatsache, Interkulturalität – eine Herausforderung. Um eine zukunftsvolle offene Gesellschaft weiter zu entwickeln braucht man eine freie Organisation und Initiativkraft von Menschen jeder kulturellen Herkunft. Unter den NRO`s-Mitgliedern ist eine Aussage von Jesen Evangelu sehr populär: **Statt eine Wolke um Regen zu bitten, schafft euch einen Brunnen.**

Literatur

- Abromeit H. (2002): *Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie*. Opladen: Leske+Budrich
- Alsheimer R., Moosmüller A., Roth K. (Hrsg.)(2000): *Lokale Kulturen in einer globalisierenden Welt: Perspektiven auf interkulturelle Spannungsfelder*. Münster, New York, München, Berlin: Waxmann

- Altwater E. ,... (Hrsg.)(1997): *Vernetzt und Verstrickt: Nicht - Regierungs - Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Appelt E. (Hrsg.)(2001): *Demokratie und das Fremde: multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Innsbruck, Wien, München: Studien-Verlag
- Balicki M. (1999): Organizacje pozarządowe czynnikiem wspierającym pluralizm kulturowy w społeczeństwie obywatelskim [in:] J. Nikitorowicz, M.Sobecki (Hrsg.): *Edukacja międzykulturowa w wymiarze instytucjonalnym*. Białystok: Trans Humana
- Beck U. (1998): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus-Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Behr H., Schmidt S. (2001): *Multikulturelle Demokratien im Vergleich. Institutionen als Regulativ kultureller Vielfalt?*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Beichelt Tim (2001): *Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen*. Opladen: Leske+Budrich
- Burszta W.J. (1998): *Antropologia kultury: tematy, teorie, interpretacje*. Poznań: Zysk i S-ka
- Chomsky N. (2000): *Zysk ponad ludzi*. Wrocław: Wydawnictwo Dolnośląskie
- Giddens A. (1999): *Trzecia droga-odnowa socjaldemokracji*. Warszawa: KiW
- Gruber P.C., Zapotoczky K. (Hrsg.)(1999): *Globalisierung versus Demokratie?: Ein Plädoyer für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltordnung*. Frankfurt/Main, Wien: Brandes&Apsel, Südwind
- Hess R., Wulf Ch. (Hrsg.)(1999): *Grenzgänge. Über den Umgang mit dem eigenen und dem Fremden*. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag
- Hildebrandt M. (2001): *Kultur- und Institutionenbegriff im interkulturellen Demokratievergleich*. [in:] H.Behr, S.Schmidt (Hrsg.): *Multikulturelle Demokratien...*, 29-54
- Hoffmann H., Kramer D. (Hrsg.)(1995): *Anders sein, ein Menschenrecht - über die Vereinbarkeit universeller Normen mit kultureller und ethnischer Vielfalt*. Weinheim: Beltz Athenäum
- Huntington S.P.(1995): *Trzecia fala demokracji*. Warszawa: Wyd.Nauk. PWN
- Huntington S.P. (1997): *Zderzenie cywilizacji i nowy kształt ładu świata*. Warszawa: MUZA
- Ilczuk D. (2002): *Polityka kulturalna w społeczeństwie obywatelskim*. Kraków: Wyd. UJ
- Jäger T.,Hoffmann D.(Hrsg.)(1995): *Demokratie in der Krise? Zukunft der Demokratie*. Opladen: Leske+Budrich
- Kempny M. (2003): *Kymlicka podążyła na Wschód?*. „Kultura i Społeczeństwo“ Nr. 1, 125-141
- Kempny M., Kapciak A., Łodziński S. (1997): *U progu wielokulturowości. Nowe oblicza społeczeństwa polskiego*. Warszawa: Oficyna Naukowa
- Kleger H., Karolewski I.P., Munke M. (2002): *Europäische Verfassung: Zum Stand der europäischen Demokratie im Zuge der Osterweiterung*. Hamburg: LIT
- Kotakowski L. (2000): *Mini-wykłady o maxi-sprawach*. Kraków: Znak
- Manent P. (2003): *Problemy współczesnej demokracji*. „Nowa ResPublica“ Nr. 3, 102-110
- Marko J., Burkert-Dottolo G.R. (Hrsg.)(2000): *Multikulturelle Gesellschaft und Demokratie*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Mattusch K. (1997): *Wie aussichtsreich ist das Unternehmen Demokratisierung in Osteuropa? Ein mehrdimensionaler Ansatz zur Analyse der Konsolidierungsleistungen einzelner osteuropäischer Länder*, [in:] G.Pickel, S.Pickel, J.Jacobs (Hrsg.): *Demokratie, Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*. Frankfurt/Oder & Bamberg: scripvaz-Verlag
- Miklaszewska J. (Hrsg.)(2001): *Demokracja w Europie Środkowo-Wschodniej 1989-99*. Kraków: Fundacja „Międzynarodowe Centrum Rozwoju Demokracji“

- Miszalska A. (2002): *Bilans pierwszej dekady: zmiana systemowa z perspektywy socjologicznej*. „Kultura i Społeczeństwo” nr 3, 151-156
- Pelinka A., Reinalter H. (Hrsg.)(1998): *Interdisziplinäre Demokratieforschung*. Wien: Braunmüller
- Streeck W. (Hrsg.): *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie: Herausforderungen für die Demokratietheorie*. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag
- Wahl P. (1997): *Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen*. [in:] E. Altvater (Hrsg.): *Vernetzt und verstrickt ...*
- Wehner B.(1992): *Die Katastrophen der Demokratie. Über die notwendige Neuordnung des politischen Verfahrens*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Wnuk-Lipiński E., Ziółkowski M. (Hrsg.)(2001): *Pierwsza dekada niepodległości. Próba socjologicznej syntezy*. Warszawa: Instytut Studiów Politycznych PAN
- Zimmer A., Nährlich S. (Hrsg.)(2000): *Engagierte Bürgerschaft: Traditionen und Perspektiven*. Opladen: Leske+Budrich